

- VW-Gesetz
- Woher kommt der Hunger?
- Fritz und die Spenden
- Lohndumping in Germany
- Arbeitsplätze nach 2011
- Rentner in Aktion
- Almosen für Kinder

Politik eiert weiter bei VW-Gesetz

Zwar hat sich das Kabinett auf einen neuen Entwurf des Gesetzes geeinigt, will aber in der Frage „Sperrminorität“ aus Angst vor EU-Kommissar McCreevy verhandlungsbereit bleiben. Im Interesse der VW-Beschäftigten muss genau diese Regelung im Gesetz erhalten bleiben!

Die 80%-Regelung entspricht voll dem deutschen Aktienrecht, auf das die EU keinen Zugriff hat. Sie ist im übrigen keine Sperrminorität für das Land Niedersachsen, sondern gilt für jeden, der so einen Stimmenanteil besitzt. Diese Regelung ist bei der Privatisierung bewußt geschaffen worden um zu verhindern, dass ein Großaktionär überragenden Einfluss erhält. Wie wichtig das ist, zeigen die letzten Äußerungen von Wolfgang Porsche, für den Arbeiter nur eine sinnvolle Funktion haben, nämlich zu arbeiten und sich unterzuordnen!

Nachdem 1988 der Bundesanteil an Volkswagen verscherbelt wurde, verbleibt lediglich der Landesanteil als wichtiges öffentliches Eigentum, das dem Erhalt der Arbeitsplätze besonders verpflichtet ist. Allein das würde politisch durchaus eine Sonderstellung und Entsenderechte des Landes rechtfertigen

Die DKP fordert, den Landesanteil auf 25% und eine Aktie zu erhöhen.

Warum ist das so wichtig? Auf unsere Volksvertreter ist nur Verlass, wenn sie wie in Niedersachsen direkt Arbeitsplatz- und Stimmenverluste befürchten müssen. Letztes Beispiel ist die Äußerung des SPD-Mitglieds Verheugen aus Brüssel, der sich hinter MC Creevy stellt! Fällt die 80% Klausel, fehlt die gesetzliche Absicherung gegen die Willkür eines Großaktionärs. Denn er braucht dann auf der Hauptversammlung nur eine 75% Mehrheit. Eine Satzungsänderung und ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zu Gunsten von Porsche kann dann

nur mit einem Anteil von 25% (Sperrminorität) verhindert werden! Und wir wollen verhindern, dass Porsche mit dem von uns erarbeiteten VW-Gewinn VW-Aktien kauft! Wie das geht? Ganz einfach, weil vielfach kapitalistische Realität: Porsche stellt den Antrag, den Gewinn und Rücklagen an das beherrschende Unternehmen, in diesem Fall Porsche, abzuführen und bezahlt mit diesem Geld die Aufstockung seines VW-Anteils. Dieses Geld fehlt aber dann für notwendige Investitionen bei VW!

Bei Kauf von VW-Aktien kein Geld mehr für soziale Aufgaben?

Das muss nicht so sein. Wenn die Landesbeteiligungsgesellschaft ihren Anteil um 4,9% aufstocken würde, könnte das z.B. über die Nord-LB finanziert werden. Das wäre doch allemal besser, als in Schrott-Immobilien in den USA zu investieren. Ganz zu schweigen davon, dass die Divi-

dende in den letzten Jahren nicht schlecht war! Andere Möglichkeiten wären z.B. Aktientausche zwischen den Unternehmen mit Landesbeteiligungen! Also: Wenn es wirklich gewollt wird, ist es finanziell kein Problem!

Wenn wir heute den Schwerpunkt auf die Möglichkeiten der Politik gelegt haben, heißt das nicht, dass wir uns auf die Politik verlassen können und wollen. Klassenkampf heißt aber alle Möglichkeiten zu nutzen. Das reicht vom Druck auf die Politiker über das Ausschöpfen rechtlicher Möglichkeiten bei Gericht bis zu politischen Aktionen der Beschäftigten. Deshalb waren die zusätzlichen Betriebsversammlungen, die Proteste vor der Hauptversammlung und jetzt die internationale Petition wichtige Signale, die weiterentwickelt werden müssen. Im nächsten Käfer werden wir andere Schwerpunkte in den Vordergrund rücken!



Der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr (dritter von links) unterstützt die VW-KollegInnen bei der Protestveranstaltung vor der VW-Aktionärsversammlung in Hamburg Ende April

Woher kommt der Hunger?

Alle drei Sekunden verhungert auf dieser Welt ein Mensch. Weil die Hungerrevolten der letzten Wochen in über 30 Ländern nicht zu verschweigen waren, langen sich jetzt Politiker presserwirksam an den Kopf und suchen Erklärungen. Die erste und wichtigste: Inder und Chinesen essen mehr. Einfacher ausgedrückt: Der Hunger kommt vom Hunger.

Die zweite, es werde weltweit inzwischen in großem Umfang Getreide, Mais, Zuckerrohr und Soja in Kraftstoff für Autos umgewandelt. Einfacher ausgedrückt: Der Hunger kommt vom Durst nach Benzin und Diesel. Und auch hier seien die Chinesen verantwortlich mit ihrem Autoboom.

Dass an dem vor allem die westlichen Autokonzerne blendend verdienen, und dass die größte Autodichte in Europa und den USA herrscht, wird schamhaft verschwiegen. Und Schweigen auch dazu, dass es wegen innovativen Tiefschlafs und Ignoranz der Autoindustrie zu einer Verschärfung der Probleme kommt. Für die sogenannten „Biotreibstoffe der zweiten Generation“, die durch Nutzung der gesamten Biomasse (BtL) nicht so stark mit der Nahrungsmittelproduktion konkurrieren, gibt es gerade mal eine(!) Großanlage in Sachsen und sonst nur Pilotanlagen. Mit nennenswerter Nutzung

wird frühestens in 10 Jahren gerechnet. Ein weiterer Grund für die Nahrungsmittel-Knappheit wird nicht gerne genannt. Auch das Menschenrecht auf Leben wird im Kapitalismus zur Ware. Die Nachfrage nach Nahrungsmitteln bestimmt den Preis und damit den Profit. Getreideschieber und Spekulanten an den Börsen und in den Exportfirmen jagen die Preise hoch. Notfalls auch durch Vernichtung von Nahrungsmitteln!

Da wird jetzt eben wieder an private Mildtätigkeit appelliert werden müssen und an die Bereitschaft der reichen Staaten, die „Entwicklungshilfe“ um

ein paar Promille zu erhöhen und damit weitere öffentliche Mittel in private Taschen umzuleiten. Der Hunger in der Welt ist damit nicht zu besiegen. Dafür müsste das menschenfressende Profitsystem zerschlagen werden.

„Es ist die mörderische Logik der kapitalistischen Profitmaximierung, die das Elend gebiert.“
(Jean Ziegler, Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Nahrung auf dem G8-Alternativgipfel in Rostock am 5.6.07)



Fritz und die Spenden

Neulich gab es eine heiße Debatte über das Spenden. Da sagte Karl: „Endlich ist es ihnen aufgefallen, dass es auch in Deutschland genug Not und arme Leute gibt, für die Spenden gut sind. Besonders die vielen armen Kinder.“ Doch Inge meint: „Klar gibt's hier auch viele Arme. Aber das kannst Du doch nicht mit Mexiko oder Brasilien vergleichen und den Straßenkindern dort. Da geht's doch richtig ums Überleben. Um die kümmert sich doch sonst überhaupt keiner.“ Darauf Paule: „Und erst in Haiti. Da hab ich kürzlich einen Bericht gesehen. Dort essen die Menschen nun

Lehm, weil sie sich den Reis nicht mehr leisten können.“ Bis dann ein Kollege von den stilleren sich ein Herz fasste und sagte: „Also, soviel Spenden wie es Elend gibt auf der Welt, kann man gar nicht. Außerdem brauche ich jeden Cent selbst!“ In der Tat ist Kinderarmut in Deutschland ein richtiges Modethema geworden. „Runde Tische“ und privates „bürgerschaftliches Engagement“ sollen Abhilfe schaffen und die noblen Spender dürfen sich dann für ihre Großzügigkeit öffentlich feiern lassen. Verschwiegen wird, dass sich der Staat aus immer mehr Feldern zurückzieht. So werden aus sozialen Rechten Almosen. Gute Bildung für alle, ausreichendes Schulmaterial und gesunde Ernährung in Kita und Schule sind aber Menschenrechte. Es ist Aufgabe des Staates bis hinunter zur Kommune, für die Verwirklichung der Menschenrechte zu sorgen. Es ist unwürdig, Menschen zu Bittstellern zu machen. Und es ist unde-

mokratisch: denn der Spender allein entscheidet, wer was wofür bekommt. Gegen die Spendenkampagne unter uns Kollegen habe ich nichts, ich spende auch. Aber ich habe was dagegen, so zu tun, als wäre dies die einzige Möglichkeit, die Armut in der Welt zu bekämpfen. Es lindert lediglich punktuell die Auswirkungen einer menschenverachtenden Wirtschaftsordnung. Durch die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben hat sich der Staat bewusst arm gemacht. Diese Politik muss umgekehrt werden!

Meint jedenfalls
Euer Fritz

Impressum:
Herausgeber:
DKP Kreis Braunschweig-Wolfenbüttel
V.i.S.d.P.: Werner Hensel
Wilhelm-Raabe-Straße 7, 38104 Braunschweig

85/15

Betriebsrat und Jugendvertretung ist es gelungen, für den Jahrgang 2005 die 100%ige Übernahme für alle Azubis bei Volkswagen durchzusetzen!

Wir meinen, es ist Zeit, diesen Teil des Tarifvertrages außer Kraft zu setzen. Es ist Arbeit satt da, Personal fehlt an allen Enden. Mehrarbeit und Leiharbeit müssen reduziert werden!

Gleiches Geld für gleiche Arbeit – Equal pay

Die IGMetall hat sich auf die Fahne geschrieben, unter diesem Motto dem Lohndumping durch Leiharbeit entgegenzutreten! In einigen Metallbetrieben haben IGM und Betriebsräte bereits gute Erfolge errungen. So auch bei Audi.

Wir meinen, das kann nur ein erster Schritt sein. Die Beschäftigten in den Projekten der Autovision sind ebenfalls einzubeziehen. Wer in die Halle 30 guckt, merkt schnell, dass dort die Kollegen der Autovision zwar an eigenen Linien, aber prinzipiell dieselbe Arbeit verrichten, wie die Stammebelegschaft von VW.

Bonus 2008

Für manche außerhalb von VW hört sich das hoch an: 3700 € Bonus für das Jahr 2007! Wissen muss man aber, dass darin allein 1191€ enthalten sind, die im November als Weihnachtsgeld gezahlt wurden. Es gibt durchaus noch viele Betriebe, wo das ein ganzes Monatsentgelt ist. 555,50 € sind als Aufstockung über das tarifvertraglich vereinbarte Ergebnis hinaus deklariert!

In Anbetracht dessen, dass das Urlaubsgeld bei VW auch nur 800 € beträgt, in Anbetracht der Tatsache, dass seit Jahren Mehrarbeit gefahren wird und ein Ende noch nicht absehbar ist, in Anbetracht der guten finanziellen Lage von VW und in Anbetracht der Tatsache, dass in diesem Jahr das 70jährige Jubiläum gefeiert wird, ist das nun wirklich kein Spitzenbetrag!

Interessante Internetseiten:
www.dkp.de
www.unser-braunschweig.de/



Wie sicher sind unsere Arbeitsplätze nach 2011?

Modularer Querbaukasten, New small family? Hinter diesen Begriffen stehen Produkte, die uns Arbeit verschaffen sollen. Was bedeutet es, wenn Braunschweig nicht mit dabei ist?

Was bedeutet es, wenn gleichzeitig die Produktivität um jährlich 10% gesteigert wird? Wie sicher sind dann noch unsere Arbeitsplätze?

Heute Arbeit ohne Ende, aber wird das 2011 wenn die Beschäftigungssicherung ausläuft auch noch so sein? Das Kapital wird dort produzieren wollen, wo die Kosten am niedrigsten sind und die beste Rendite für die Aktionäre lacht. Wir müssen heute schon diskutieren, wie wir Volkswagen dazu zwingen, diese Logik zu durchbrechen!

Lohndumping made in Germany

Bald ist Deutschland nicht nur Exportweltmeister sondern auch Meister im Lohndumping. Nach einer kürzlich veröffentlichten Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) sind bereits 22 % der Arbeitnehmer in Deutschland im Niedriglohnsektor beschäftigt. Davon verdienen 2 Millionen weniger als 5 Euro in der Stunde. Die Studie belegt: Die sogenannten Arbeitsmarktreformen und insbesondere Hartz IV sowie die Deregulierung der Leiharbeit sind schuld am Billiglohn-Desaster. Durch die Angst vor dem Abrutschen in Hartz IV wurde der Einfluss der Gewerkschaften geschwächt und Lohndumping ermöglicht. Bei der Entwicklung der Reallöhne in Europa liegt Deutschland inzwischen am Schluß – siehe Schaubild.



Empörung und Wut bei den Rentnern

Die Diskussion um die Rente, deren realer Wert ständig durch die Preislawine, steigende Beiträge und Gebühren sinkt, bewegt momentan die Gemüter der Rentner sowie aller Lohnabhängigen. Im Kern geht es darum, Widerstand zu leisten gegen die wachsende Altersarmut, vor der die meisten Vertreter der Berliner Parteien die Augen verschließen. Auch davor, dass die Armen immer ärmer und mehr werden und die Reichen immer reicher.

Die BRD ist eines der reichsten Länder der Welt und hier wächst die Zahl der Menschen, die ihr Leben im Alter nicht in Würde verbringen können. Tatsache ist doch, dass immer mehr Menschen die 45 oder gar 50 Jahre hart gearbeitet und Beiträge in die Rentenkasse entrichtet haben, eine Rente auf Hartz-Niveau bekommen und in die Altersarmut abrutschen.

Darum begrüßen wir die Initiative „Braunschweiger Rentner machen mobil“ als breite Bewegung aber nicht als Partei.

In der Tat: spontane Empörung reicht noch nicht aus. Sie muss in den organisierten Widerstand hineinwachsen. Widerstand geleistet werden muss gegen Rentenmobbing oder den von einigen ausgerufenen Generationenkrieg. An der Spitze der ehemalige Bundespräsident Herzog, der sogar davon

sprach, dass die Älteren die Jüngeren ausplündern. Das sagt einer, der im Jahr 216 000 Euro Staatspension – natürlich aus Steuergeldern – also 591 Euro pro Tag erhält, ohne einen Cent eingezahlt zu haben. Nun kann Herr Herzog, ausgestattet mit dicker Pension und verehlicht mit einer Gräfin, auf der Raubritterburg Jagsthausen ein feudales Leben führen.

Nicht anders ist das Verhalten der Bundestagsabgeordneten zu werten, die in einem halben Jahr für sich persönlich zwei Diäten-erhöhungen von insgesamt 15 Prozent beschließen, was zugleich zu einer beachtlichen Erhöhung ihrer Pensionen führt. Auch sie haben keinen Cent in die Rentenkassen eingezahlt.

Der Kurs in der Rentenpolitik muss geändert werden. Reparaturen reichen da nicht aus. So ist die Rente mit 67 oder sogar 70 Jahren der falsche Weg, um Lösungen für die Überwindung der Altersarmut zu finden. Wichtig wäre, dass Vermögende einen größeren Beitrag für die Rentenkasse leisten. Richtig wäre, eine gefestigte solidarische Rentenversicherung, in die alle einzahlen: Beamte, Selbständige, Politiker. Wichtig wäre auch die allgemeine Einführung eines Mindestlohnes.

Schluss muss vor allem sein mit einer

Fremdnutzung der Gelder aus der Rentenkasse. Oft ist noch unbekannt, dass Kaiser Wilhelm und Adolf Hitler den Ersten und Zweiten Weltkrieg aus der Rentenkasse mit finanziert haben. Ebenso ist unbekannt, dass nach 1945 die Kanzler Adenauer, Helmut Schmidt und Helmut Kohl Milliarden aus der Rentenkasse zweckentfremdet verwendeten. So zum Beispiel für die Einbürgerung von Millionen Russlanddeutschen im völkischen Geiste. Oder die Vereinigungskosten wurden nicht aus der Portokasse, sondern aus unseren Rentenbeiträgen finanziert. Ein Skandal, der zum Himmel stinkt, ist auch die Tatsache, dass aus der Rentenkasse Sonderpensionen für ehemalige SS-Leute, die heute in den baltischen Ländern oder in der Bundesrepublik wohnen, gezahlt werden.

Diese und viele andere Milliarden fehlen heute. Hinterlegte Schuldscheine sind wertlos. Der Staat ist in tiefer Schuld gegenüber den Rentnern und der jungen Generation. Wir sollten uns alle darum den Widerstandaktionen der Braunschweiger überparteilichen Rentnerbewegung anschließen. Denn wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt. Den Pessimisten sei gesagt:

Wer kämpft kann verlieren, wer aber nicht kämpft, hat schon verloren.

Kurt Fritsch, Rentner, 79 Jahre

Kinder brauchen Rechte, keine Almosen!

Mit einem „Schulkostenfond“ soll in Braunschweig dem Skandal abgeholfen werden, dass Bildung immer mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Weil im Regelsatz für Schulkinder kein Cent für Schulkosten vorgesehen ist, sollen jetzt Kinder von Hartz-IV-Empfängern mit 100€ unterstützt werden. Diese Summe reicht aber vorne und hinten nicht, weil allein die Kosten für die Einschulung schon doppelt so hoch sind.

Gespeist wurde der Fond durch die 400.000-€-Spende eines Braunschweiger Unternehmers. Weitere 300.000 Euro steuerte die Stadt bei. Pikant dabei: Für diese Summe verkaufte die Stadt ein attraktives okernahes Grundstück an denselben Spender . . .

So werden aus sozialen Rechten Almosen. Ausreichende Schulmaterialien, gutes Essen in Ganztagschulen gibt es nur, wenn genug Spenden eingehen. Die noblen Spender dürfen sich dann für ihre Großzügigkeit öffentlich feiern lassen.

Die Spenden der Reichen und Superreichen sind nur ein Bruchteil dessen, was ihnen in den vergangenen Jahren an Steu-

ern erlassen wurde. Ein Beispiel: Die Senkung des Spitzensteuersatzes von 53% auf 42 % bedeutete für einen Einkommensmillionär wie Deutsche Bank Boss Ackermann (Jahreseinkommen 11,9Mio€) eine Steuerersparnis von 1,3 Mio €. Oder: In 2008 zahlen die Kapitalgesellschaften 10 Mrd. € Körperschaftsteuer weniger. Da kann Herr oder Frau Supperreich von einem Teil der Steuergeschenke auch mal den Gönner spielen.

Gute Bildung für alle, gesunde Ernährung sind Menschenrechte und keine Almosen. Auch wenn Almosen verteilen zum Wiederaufbau der Schlossfassade und zur feierlichen Aufstellung der herzoglichen Reiterstandbilder passt, wir leben nicht mehr im Feudalismus!

Es ist Aufgabe des Staates, der laut Grundgesetz demokratisch und sozial ist, für die Verwirklichung der Menschenrechte zu sorgen. Es ist unwürdig, Menschen zu Bittstellern zu machen.

Durch die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben hat sich der Staat bewusst arm gemacht. Diese Politik muss umgekehrt werden.

Kosten für die Einschulung:

1 Schulranzen	89,00 €
1 Etui	3,99 €
4 Schnellhefte á 39 Cent	1,56 €
2 Bleistifte á 95 Cent	1,80 €
1 Radiergummi	1,50 €
1 Anspitzer mit Behälter	3,00 €
4 Fineliner á 75 Cent	3,00 €
1 Zeichenblock DIN A 3	0,99 €
1 Sammelmappe DIN A 3	3,69 €
1 Wasserfarbkasten	4,99 €
1 Borstenpinsel Nr. 6	0,79 €
1 Borstenpinsel Nr. 12	0,99 €
Wachsmalstifte	6,99 €
8 dicke Buntstifte á 1,25 €	10,00 €
1 Turnbeutel	16,00 €
1 Turnhose	12,00 €
1 Paar Hallenschuhe	20,00 €
	180,29 €

1 Schultüte	9,49 €
mit gesundem Inhalt:	
2 Bananen	0,58 €
3 Äpfel	0,89 €
2 Nektarinen	0,72 €
1 Paprikaschote	0,57 €
1 Nuss-Fruchtmischung	0,99 €
	13,24 €

insgesamt: 193,53 €

Für Schulsachen ist jedoch kein einziger Cent im Regelsatz für Schulkinder von 208 € monatlich vorgesehen!